

Interpellation 182

Integration und Unterstützung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen nach der Aufnahmeklasse

Sophia Müller und Maël Leuenberger namens der SP/JUSO-Fraktion vom 25. März 2026

Die Stadt Luzern nimmt seit Jahren Kinder und Jugendliche aus Kriegs- und Krisengebieten auf, insbesondere aus der Ukraine. Diese werden zunächst in Aufnahmeklassen beschult und wechseln anschliessend in die Regelklassen.

Aus der Praxis von Schulen und Fachstellen zeigen sich dabei jedoch wiederkehrende Herausforderungen: Der Übergang in die Regelstrukturen ist unterschiedlich geregelt, der weitere Spracherwerb (Deutsch als Zweitsprache, DAZ) erfolgt uneinheitlich, und psychosoziale Belastungen werden teilweise unzureichend erkannt oder führen zu Fehlzuweisungen (z. B. Verdacht auf ADHS oder Autismus statt trauma- oder migrationsbedingter Belastungen). Fachstellen berichten von einer hohen Zahl an Familien mit komplexen Belastungslagen, die auch über die Dauer von Aufnahmeklassen und initialer DAZ-Förderung hinaus fortbestehen und auf soziale Entwurzelung, erschwerten Spracherwerb, prekäre Lebensbedingungen sowie unverarbeitete traumatische Erfahrungen zurückzuführen sind.

Vor diesem Hintergrund stellen sich grundlegende Fragen zur Wirksamkeit, Koordination und Ausgestaltung der bestehenden Unterstützungsstrukturen.

Der Stadtrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie ist der Übergang von Aufnahmeklassen in Regelklassen in der Stadt Luzern organisiert, und welche verbindlichen Konzepte oder Leitlinien bestehen dafür?
2. Wie werden die DAZ-Ressourcen (Deutsch als Zweitsprache) nach dem Übertritt in die Regelklassen zugeteilt und eingesetzt, und welche Unterschiede bestehen zwischen den einzelnen Schulhäusern?
3. Welche Erkenntnisse liegen zur Nutzung und Auslastung des Schulpsychologischen Dienstes durch geflüchtete Kinder und Jugendliche vor?
4. Inwiefern bestehen Hinweise darauf, dass psychosoziale Belastungen oder Traumafolgen bei geflüchteten Kindern und Jugendlichen nicht adäquat erkannt werden und stattdessen andere Verdachtsdiagnosen (z. B. ADHS, Autismus) gestellt werden?
5. Welche Unterstützungsangebote bestehen für Eltern geflüchteter Kinder und Jugendlicher, und welche Zugangshürden sind bekannt?

6. Welche Angebote bestehen zur Begleitung geflüchteter Familien durch Personen mit gleichem sprachlichen oder kulturellen Hintergrund, und welche Erkenntnisse liegen zu deren Nutzung und Wirksamkeit vor?
7. Sieht der Stadtrat Handlungsbedarf in Bezug auf eine stärkere Koordination, klarere Zuständigkeiten oder den Ausbau bestehender Angebote?